

mit dem „Landbeschaffungsgesetz“, „Schutzbereichsgesetz“, „Bundesleistungsgesetz“ u. a. begann. Alle diese Gesetze sollen dazu dienen, die westdeutsche Landwirtschaft den Bonner Aggressionsplänen völlig unterzuordnen.

Es ist auch etwas zu dem sogenannten Zivildienstgesetz zu sagen. Laut diesem Gesetz, § 3 Absatz 1, sind Bauern vom 18. bis 65. und die Frauen und Jugendlichen vom 18. bis 55. Lebensjahr verpflichtet, Dienstleistungen bei der Bundeswehr, bei den Streitkräften der Westmächte oder auch in Industriebetrieben zu leisten.

Nennen wir es beim Namen: Das ist Zwangsarbeit. Nach diesem Gesetz kann man die Bauern ohne Rücksicht auf den eigenen Betrieb bei Großgrundbesitzern zwangsverpflichten; denn dieses Gesetz teilt die Bundesbürger in Berechtigte und Verpflichtete ein, also Bürger erster und zweiter Klasse. Als Berechtigte gelten nicht nur die Unternehmer der Industrie, sondern auch Großgrundbesitzer, denen gegenüber die Klein-, Mittel- und Großbauern dann die Verpflichteten sind. An die Stelle der in der Verfassung garantierten freien Berufswahl tritt bei Notstandsrecht die Zwangsarbeit, und wer sich dagegen auflehnt, kann bis zu drei Jahren in den Kerker geworfen werden.

Nach § 6 des sogenannten Selbstschutzgesetzes sollen die Bauern nicht nur die Kosten für eine eigene Luftschutzausrüstung tragen, sie sollen auch Chemikalien für die atomare Entseuchung der Felder und Tiere einkaufen. Die Regierung in Bonn mutet den Bauern zu, nicht Mehrer der Fruchtbarkeit zu sein, sondern Seuchenwarte eines atomaren Krieges.

Schon Einzelheiten der Bonner Notstandsgesetzgebung lassen erkennen, was der westdeutschen Bauernschaft droht: Totaler Zwang, Allmacht der Atombombenkrieger, Ausschaltung aller demokratischen Rechte und Freiheiten. An alles haben die Herrschaften in Bonn gedacht an Luftschutzbunker und Volksturm, an Barras in Zivildienst, an Gasmasken, Verbandszeug, Seuchenbekämpfungsmittel, Feuerpatronen und Erkennungsmarke.

Wer den Frieden sichern will, der muß das Grundübel anpacken und überwinden. Und das Grundübel besteht in Westdeutschland in der uneingeschränkten Herrschaft und im Machtmißbrauch der Monopole, in der totalen Macht der hundert Männer.

Wie ruiniert Bonn die Bauern?

In Westdeutschland hat sich die Gesamtzahl der bäuerlichen Betriebe seit 1949 um 507 HO vermindert. Das ist eine Tatsache, an der sich

nicht das geringste ändert, auch wenn die Bonner Regierung heute tonnenweise Erklärungen über die Erhaltung des kleinen Betriebes abgibt. Das Hauptproduktionsmittel in der Landwirtschaft ist der Boden. Der Boden aber ist nur in beschränktem Umfang vorhanden, nicht beliebig vermehrbar und Privateigentum. Eine Flächenausdehnung des einen Betriebes ist im kapitalistischen Westdeutschland deshalb nur auf Kosten eines anderen Betriebes möglich. Dabei spielt die Form, wie das geschieht und erreicht wird — ob durch eine direkte Hofaufgabe oder über den Nebenerwerb oder über staatlich gelenkte Erzeugerringe —, eine völlig untergeordnete Rolle. Das erklärte Ziel der Bonner Regierung ist es, daß nur 150 000 agrarkapitalistische Betriebe übrigbleiben sollen.

Charakteristisch ist, daß der Ruinierungsprozeß bäuerlicher Betriebe in der westdeutschen Landwirtschaft heute über den Nebenerwerbsbauern vor sich geht. Über 990 000 Bauern — das sind die Besitzer von zwei Drittel aller westdeutschen Landwirtschaftsbetriebe — werden heute durch den politischen und ökonomischen Druck des Monopolkapitals gezwungen, ihre hauptberufliche Tätigkeit als Landwirt aufzugeben und zum Nebenerwerb bzw. Zuverwerb in der Industrie oder im Gewerbe überzugehen. Es gibt viele westdeutsche Dörfer, in denen die Landwirtschaft ausschließlich im Nebenberuf betrieben wird. Hierin zeigt sich, daß das Bauernlegen in verdeckter Form eine viel größere Rolle spielt, als die direkte Hofaufgabe. Die Angst, im Existenzkampf von den Großbetrieben völlig verdrängt zu werden, erhöht die Anstrengungen in den Nebenerwerbsbetrieben bis an die physische Höchstgrenze.

An der Existenz der Neben erwerbsbauern entbrennen heute in Westdeutschland die zwiespältigsten Interessen der Industriekonzerne. Sie sind an den Nebenerwerbsbauern interessiert, weil hierdurch billige Arbeitskräfte erschlossen werden, die man zum Lohndruck ausnutzen kann. Ganze Brigaden von Werbern schickt die Industrie heute in die westdeutschen Dörfer, um die Bauern zu veranlassen, die Landwirtschaft aufzugeben. Der Bonner Staat zahlt für jeden abgeworbenen Bauern eine „Kopfprämie“.

Die westdeutschen Konzerne sind auch deshalb am Nebenerwerbsbauern interessiert, weil er durch die Arbeit im Industriebetrieb und in seiner bäuerlichen Wirtschaft doppelt belastet wird und dadurch, so spekulieren die Konzerne, leichter vom politischen Kampf abzuhalten sei. Die übermäßige Anstrengung durch die doppelte Belastung werde ihm keine Zeit lassen, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen und